

# Für den Parlamentarismus in Österreich



Nationalratssitzung im Ausweichquartier der Hofburg.

**Rauch- und Plastiksackerlverbot, Tagesbetreuung in den Schulen, Mindestpensionen und die Neuwahlen. Seit wir eine Expertenregierung haben, hat auch unser Parlament mehr denn je zu tun. Denn all das wird von den Volksvertretern diskutiert und entschieden.**

**1** Was daran so ungewöhnlich ist? An sich wäre es normal, dass im Parlament Gesetzesanträge eingebracht und abgestimmt werden. Fast immer aber handelt es sich dabei um Regierungsvorlagen. Das sind Vorschläge der Bundesregierung, die vom Ministerrat angenommen und an den Nationalrat weitergeleitet werden.

Die parlamentarische Debatte ist meistens bloß Formsache und Theaterdonner für die Medien. Denn bis vor wenigen Wochen konn-

ten die Parteien in der Regierung sicher sein, dass ihren Wünschen sowieso zugestimmt wird. Weil ja ihre Abgeordneten auf jeden Fall dafür sind. Das strikte Befolgen der Parteilinie heißt „Klubzwang“, obwohl man es offiziell nicht so nennen darf.

**2** Laut Artikel 56 unserer Verfassung müsste sich jeder Parlamentarier im Rahmen des freien Mandats seinen Standpunkt ganz unbeeinflusst überlegen. Weil aber ÖVP, SPÖ und FPÖ die Linientreue beschöni-

gend „freiwillige Fraktionsdisziplin“ nennen, gibt in Wahrheit die Partei das Stimmverhalten vor.

Daran hat sich seit dem 3. Juni 2019 nichts geändert. Und doch ist alles ganz anders: Bundeskanzlerin Brigitte Bierlein sowie ihre Beamten und Experten als Minister wollen gar keine Vorlagen der Regierung ins Parlament bringen, um Gesetze zu „machen“. Sie beschränken sich auf die Verwaltung. Also müssen die Nationalratsparteien ihre ureigenste Arbeit machen

und selber über Gesetze nachdenken.

**3** Hurra!?! Spontan kann man jubeln, denn oft wird zu Recht kritisiert, dass das Parlament zur Abstimmungsmaschinerie verkommen ist, egal, was die Regierungspolitik vorgibt. Was insofern schlimm ist, weil wir ja nur die Volksvertreter im Parlament wählen und nicht die Minister.

Das gilt keineswegs bloß für die momentane Expertenregierung. Auch davor hatten sich etwa mehrere Minister der ÖVP nie einer Wahl gestellt. Sie wurden einfach nachher von Sebastian Kurz vorgeschlagen und durch Bundespräsident Van der Bellen ernannt.

Es ist auch sonst problematisch, wenn das Parlament den Willen der Regie-





Foto: SEPA Media | Martin Juen

PROF. PETER FILZMAIER

## Filzmaier analysiert

Peter Filzmaier ist Professor für Politikwissenschaft an der Donau-Universität Krems und der Karl-Franzens-Universität Graz.

rung mehr oder weniger durchwinkt. Das Parlament ist der Verfassung zufolge Kontrollorgan für die Regierung und nicht deren Erfüllungsgehilfe.

**4** In der Praxis ist es freilich schwierig, wenn Abgeordnete die Gesetze selber gestalten. Das klingt unlogisch, doch fehlen die Kompetenzen und Ressourcen dafür. Wie das? Natürlich kann sich keiner von A wie Arbeitsmarkt bis Z wie Zuwanderung gut genug auskennen, um Gesetze zu schreiben. Abgeordnete zum Nationalrat haben jedoch nur ein Minibudget, um fachkompetente Mitarbeiter anzustellen.

Das berechnet sich nach einer Beamtendienstklasse entsprechend und reicht mit Mühe und Not, um eine

schlecht bezahlte Person zu engagieren. Oder zwei ausgebeutete Halbtagsleute. Welche dann von Reiseorganisation bis Pressearbeit alles tun müssen. Die Erwartungshaltung, nebenbei komplizierte Gesetze zu schreiben, das wäre absurd. Hingegen gibt es in jedem Ministerium eine ganze Abteilung von Beamten, die sich ausschließlich damit beschäftigt.

**5** Etwas mehr Möglichkeiten haben die Parlamentsklubs der Parteien. ÖVP, SPÖ, FPÖ, Neos und Jetzt erhielten 2018 hier in Summe 21,2 Millionen Euro. Das ist im Klubfinanzierungsgesetz geregelt. Die Höhe für jede Partei ergibt sich aus einem Sockelbetrag und gestaffelten Beträgen je nach Zahl der Abgeordneten.

Auf der Internetseite des Parlaments wird beschrieben, dass das für Personal, Infrastruktur und EDV, Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen, Druckwerke sowie Ausgaben für internationale Arbeit gedacht ist. Mit anderen Worten: Dass Abgeordnete Gesetze schreiben müssen und dafür Wissen zukaufen müssen, das ist nicht besonders vorgesehen.

**6** Nun sollte man aus guten Gründen dagegen sein, dass die Parteien und ihre Klubs dafür noch mehr Geld bekommen. Dadurch würde sich die totale Abhängigkeit der Parlamentarier von ihrer Partei erhöhen. Eine unkritische Parteitreu ist erzwingbar, weil für die (Wieder-)Wahl die Platzierung auf der Liste einer Partei Voraussetzung ist. An-

ders als in der EU-Wahl ist aufgrund viel höherer Hürden auch die Chance für eine Vorreihung anhand persönlicher Vorzugsstimmen praktisch nullkomma-null.

Wer als Volksvertreter für die tägliche Arbeit zudem den Parteiapparat im Klub braucht, ist doppelt abhängig. Man könnte demzufolge die Zeit der parteifreien Expertenregierung nutzen, um das Parlament besser auszustatten. Zum Beispiel wie im deutschen Bundestag mit einem wissenschaftlichen Dienst für alle Abgeordneten, der parteiunabhängig ist. Und mit Geld, das nicht an die Parteien geht, sondern der einzelne Vertreter des Volkes verwenden darf. Man wird ja noch träumen dürfen.